Chance oder Warteschleife?

Erste Bilanz zur Einführung des Werkstattjahrs

Als Alternative für junge Menschen ohne Ausbildungsplatz bietet das Werkstattjahr ein kombiniertes Angebot aus Theorie im Berufskolleg und Praxis durch ein Betriebspraktikum, koordiniert von einem freien Träger. Eine Bewertung der Bedeutung des neuen Instruments in Abgrenzung von anderen Maßnahmen der Jugendsozialarbeit und Berufsvorbereitung erbaten die Ausschüsse für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) und Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) von Sachverständigen.

Prinzipiell sei das Werkstattjahr begrüßenswert, vorausgesetzt jedoch, die Finanzierung der bestehenden Angebote werde gesichert, fanden die Experten mehrheitlich. Allerdings wurde auf Nachbesserung bei der sozialpädagogischen Betreuung der Teilnehmer gedrängt, um die drei Lernorte Schule, Betrieb und Trägermaßnahme stärker aufeinander abzustimmen.

„Ohne intensive Betreuung kann die Schulmüdigkeit des Klientels zu Verweigerung führen, wodurch im Endeffekt volkswirtschaftliche Kosten entstehen“, erklärte Rainer Mathes vom paritätischen Wohlfahrtsverband. Der Vorsitzende der Trägerkonferenz Rheinland, Bernd Pastoors, fand die Drei-Träger-Struktur gar „fatal“. Bei Problemen mit Schulmüdigkeit sei früher anzusetzen, wünschten sich Dirk Langer vom Institut für Arbeit und Technik und Werner Sondermann als Vertreter der Kolping Bildungszentren, damit die berufsfördernden Maßnahmen nicht die „Sünden“ der Regelschulen ausmerzen müssten.

Dem konnte sich die Leiterin der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, Christiane Schönefeld, anschließen. Wichtig war ihr außerdem eine genaue Definition der Zielgruppe, damit sich die unterschiedlichen Angebote nicht in die Quere kommen.

„Um die Jugendlichen zu motivieren, sollte das Werkstattjahr transparenter gemacht werden“, regte Norbert Wichmann vom Deutschen Gewerkschaftsbund an: „Es muss klar gemacht werden, wie die Perspektive im Anschluss an das Jahr aussieht, damit es nicht nur eine weitere Warteschleife ist.“

Die Schwerpunktlegung auf die Praxis in den Unternehmen erhöhe die Wahrscheinlichkeit einer Übernahme in einen Betrieb, fand Dietrich Mau von der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft. „Das Ziel kann nur der erste Arbeitsmarkt sein“, forderte er.

Bei der Durchführung des Werkstattjahrs stärker einbezogen zu werden wünschte sich Uta Doberitz von der Kommunalstelle Frau und Wirtschaft. „Wir bieten gerne unser Know How und Unterstützung an“, so Doberitz, die sich statt eines neuen Instrumentariums mehr Gelder für die etablierten Jugendwerkstätten wünschte. Übergangen fühlten sich bei der Konzeption auch die Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs, vertreten von ihrem Verbandsvorsitzenden Wolfgang Brückner. Ohne eine Verstärkung durch Sozialarbeiter seien die Kollegs außerdem mit der Mehrarbeit überfordert.

Probleme zeigten sich auch im praktischen Teil des Konzepts. „Die Praktikumskapazitäten sind erschöpft. Es besteht die Gefahr, dass reguläre Ausbildungsverhältnisse verdrängt werden“, warnte Andreas Oehme vom Handwerkerverband. Damit das Praktikum erfolgreich verlaufe, bräuchten auch die Betriebe Unterstützung, ergänzte Manfred Gosker von der Hattinger Initiative für Arbeit und Zukunft.

„Brauchen wir das Werkstattjahr denn tatsächlich, oder sind die Gelder für die bestehenden berufsfördernden Maßnahmen wie das Berufsorientierungsjahr besser verwendet“, fragte Barbara Steffens (GRÜNE) die Sachverständigen.

Die Antwort von Rainer Mathes: „Wir brauchen nicht unbedingt das Werkstattjahr, aber generelle Transparenz und den Zielgruppen auf den Leib geschneiderte Angebote, um der Handlungsnot auf dem Ausbildungsmarkt zu begegnen.“

Kritische Töne wurden auch in der SPD-Fraktion laut. „Angenommen, die Landesregierung folgt Ihren Anregungen zur Verbesserung nicht. Wie sehen Sie die Wirksamkeit in diesem Fall“, wollte Rainer Bischoff wissen.

„Ohne Nachbesserung sind keine Erfolge zu erwarten“, war die Bewertung von Manfred Gosker.

Das Werkstattjahr sei sehr zügig eingeführt worden und deshalb je nach den regionalen Bemühungen bei der Anwerbung der Teilnehmer unterschiedlich erfolgreich, erwiderte Rudolf Henke (CDU). Im nächsten Jahr würden einige Kinderkrankheiten bereits ausgemerzt sein. „Das Werkstattjahr schafft Chancen“, bekräftigte er. Dr. Stefan Romberg (FDP) konnte berichten, dass ihn von den jugendlichen Teilnehmern sowie von den Trägern nur begeisterte Rückmeldungen erreicht hätten. ***YV***

Als Vorreiter in Sachen Ausbildung ...

... sieht sich die FDP-Landtagsfraktion. Unter 25 Beschäftigten seien drei Auszubildende, rechnet der Parlamentarische Geschäftsführer Ralf Witzel (l.) vor. Ende letzten Jahres sind zwei Bürokaufleute, Katharina Nennertheim (M.) und Janine Skorupski (r.), hinzugekommen. Ihr erfolgreicher Einstieg könnte, so Witzel, auch andere Fraktionen und Abgeordnete ermutigen, „noch größere Ausbildungsverantwortung zu übernehmen“.

Foto: Schälte